AMNESTY INTERNATIONAL

ANKLAGEN

Sommer/Herbst 2025

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN

West-Papua: Indonesiens koloniales Erbe ■ Türkei: Erdoğans Weg vom Hoffnungsträger zum Autokraten ■ Europa rüstet sich ■ Kamerun zwischen Milizen und Militär ■ Amnesty-Report 2024/25 zur Lage der Menschenrechte weltweit ■ Veranstaltungsrückblick: Iranischen Menschenrechtlerinnen droht die Hinrichtung ■

Inhalt

Editorial 2

West-Papua:
Indonesiens koloniales Erbe..... 3

Türkei: Erdoğans Weg vom Hoffnungsträger zum Autokraten 6

Europa rüstet sich 10

Kamerun zwischen Milizen und Militär 13

Amnesty-Report 2024/25 zur Lage der Menschenrechte weltweit 16

Veranstaltungsrückblick:
Iranischen Menschenrechtlerinnen droht die Hinrichtung 19

Briefe gegen das Vergessen 20

Impressum
ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.
ANKLAGEN erscheint dreimal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.
Redaktion:
Benedikt Dorfner, Christian Eisenreich, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Joachim Lerchenmüller, Eva Scheerer (ViSdP), Heiderose Schwarz, Niklas G. Schwarz
Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15.05.2025
Auflage: 3.400
Druck: Druckerei Deile, Tübingen.
Titelbild: Verzweifelte palästinensische Kinder versuchen, in Rafah im Gazastreifen an Essensrationen zu gelangen (25. Februar 2024), siehe Artikel Seite 16.
Bildquelle: www.amnesty.de

Der Nachdruck aus ANKLAGEN *ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.*

Der Amnesty-International-Report 2024/25 dokumentiert die weltweite Lage der Menschenrechte in 150 Staaten.
© Amnesty International / IMAGO / Ulmer/Teamfoto

Liebe Freundinnen und Freunde,

zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan, die traditionell militärische Aufrüstung über die Grundbedürfnisse der Bevölkerung stellen, droht nach Jahren relativer Ruhe wieder ein größerer Krieg aufzuflammen. Nach mehreren gegenseitigen Angriffen gelang es den USA zwar im Mai dieses Jahres, kurz vor Redaktionsschluss dieses Hefts, eine Feuerpause einzufädeln, doch die Lage bleibt dynamisch und angespannt.

Als Auslöser für die aktuelle Eskalation gilt ein mutmaßlich von Pakistan gelenkter Terrorangriff im von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs Ende April 2025, bei dem wahllos auf In- und Auslandstouristen gefeuert wurde und nach offiziellen Angaben 26 Personen starben und 17 weitere verletzt wurden. Beide Staaten machen einen Anspruch auf das Gebiet geltend, woraus Indien die pakistanische Beteiligung an dem Überfall ableitet. Da in der Vergangenheit bei ähnlichen Anschlägen bereits eine Verbindung zum pakistanischen Geheimdienst nachgewiesen werden konnte, betrachten einige Experten eine erneute Beteiligung als durchaus plausibel. Es bleibt zu hoffen, dass die Waffen schweigen, während Sie diese Zeilen lesen.

Mehr Informationen zu Pakistan, Indien und der globalen Menschenrechtslage finden Sie im aktuellen Amnesty-Report 2024/25. Lesen Sie hierzu auch den Artikel auf Seite 16. Die vollständige PDF-Fassung des Reports (Indexnummer: POL 10/7200/2024) lässt sich auf amnesty.org direkt beziehen, liegt derzeit aber noch nicht in deutscher Sprache vor. Die deutsche Sektion stellt auf amnesty.de alternativ die übersetzten umfangreichen Regionalkapitel für Sie bereit.

Ihr Christian Eisenreich

ANKLAGEN im Internet:
Online-Ausgabe: www.anklagen.de
E-Mail: info@amnesty-tuebingen.de

Sie finden das Amnesty-Büro in der
Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,
Internet: www.amnesty-tuebingen.de

Beratungstermine für Interessenten:
donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)
Es wird empfohlen, per E-Mail einen Termin zu vereinbaren:
hsg@amnesty-tuebingen.de

West-Papua: Indonesiens koloniales Erbe

Die Region West-Papua stand 1962 an der Schwelle zur Unabhängigkeit. In einem von außen orchestrierten Akt wurde das Land an Indonesien übergeben. Seitdem herrscht der Staat mit repressiven und gewaltvollen Maßnahmen über die indigene Bevölkerung und kann sich von der Übernahme kolonialer Praktiken nicht lösen.

Fährt man in der indonesischen Provinz West-Papua aus den Städten heraus, merkt man, wie dünn das Land besiedelt ist. Plötzlich ist man allein, die Straße schlängelt sich durch dichten Regenwald, vorbei an wenigen verstreuten Dörfern, bis sie irgendwann ganz aufhört. Man steht vor undurchdringlichem Grün, rauschenden Flüssen und Bergen, die sich im Nebel verlieren. Die Leere ist so sehr Idyll, wie sie mit einem grünen Vorhang eine der brutalsten Besatzungen Südostasiens verbirgt. Während Indonesien sich als postkolonialer Nationalstaat versteht, herrscht der Staat in West-Papua mit militärischer Gewalt und systematischer Unterdrückung der indigenen Bevölkerung. Wie wurde West-Papua zur kolonialen Randzone Indonesiens? Und wie erfolgte die Umkehr vom kolonialen Opfer zum kolonialen Akteur?

West-Papua stand an der Schwelle zur Unabhängigkeit – doch statt Freiheit brachte das Jahr 1962 einen Deal zwischen Weltmächten, der das Schicksal der Region besiegelte. In einem kolonial anmutenden Akt wurde das Land ohne die Zustimmung seines Volkes an Indonesien übergeben, das nun selbst zur Besatzungsmacht wurde.

Das Inkrafttreten der indonesischen Unabhängigkeit 1949 ließ die Region West-Papua außen vor – auch wenn sich die Proklamation dieser Unabhängigkeit vier Jahre zuvor auf das gesamte ehemalige Gebiet der niederländischen Ostindien-Kolonie bezog. Die Niederlande argumentierten, West-Papua sei kulturell, ethnisch und geographisch so unterschiedlich vom Rest Indonesiens, dass eine Eingliederung in den neu geformten Staat nicht zielführend sei. Vielmehr unterstützten sie eine gesonderte Unabhängigkeit des Gebietes.

Das Ziel war, „sie von den Bäumen zu holen“

Indonesien wiederum beanspruchte einen Nationalstaat, der alle ehemaligen Kolonien der Region in sich vereint. Als Reaktion auf die ab 1961 stattfindende Formierung eines unabhängigen West-Papuas, mit der Morgenstern-Flagge als nationalem Symbol, der Selbstbezeichnung der Bevölkerung als das Papuanische Volk und einer Nationalhymne, landete indonesisches Militär in West-Papua. Aus Sorge einer Annäherung West-Papuas an die Sowjetunion vermittelte die USA das Gebiet an Indonesien. Der Vertrag wurde zwischen den USA, Indonesien und den Niederlanden beschlossen – ohne die Anwesenheit papuanischer Vertreter.

Was folgte war eine erste Welle der „Indonesisierung“. Verwaltungsstrukturen wurden auf Indonesisch umgestellt, ebenso Schulbücher, die fortan Bilder der Insel Java zeigten. 1969 zementierte Indonesien seine Herrschaft über West-Papua durch den so genannten Act of Free Choice. Gut 1.000 handverlesene Papuaner stimmten unter militärischem Zwang einem Verbleib in Indonesien zu. Nach dieser territorialen Eingliederung ging es Indonesien um eine Assimilation der Bevölkerung West-Papuas. Sie wurde gezwungen, der Verbrennung tausender indigener Artefakte und Morgenstern-Flaggen zuzusehen – als eine symbolische Auslöschung ihrer „kolonialen“ Identität, da West-Papua von den Niederlanden unterstützt wurde. Das Ziel, so die Worte des damaligen Außenministers Subandrio, war, „sie von den Bäumen zu holen“.

Seitdem werden hunderttausende Indonesier aus Java, Sulawesi und anderen Teilen des Landes im Zuge des staatlichen Transmigrasi-Programms nach West-Papua umgesiedelt. Das führt zu einer Marginali-

Die Lage West-Papuas

Quelle: wikipedia.org

sierung der indigenen Bevölkerung. Heute stellen Indonesier in vielen Städten die Mehrheit, während Papuaner an die Stadtränder und in die Dörfer gedrängt werden.

Außergerichtliche Tötungen sind ein wiederkehrendes Muster

Als Reaktion formierte sich eine Widerstandsorganisation, die Organisasi Papua Merdeka (Organisation für ein freies Papua) OPM. Sie setzt sich teils mit friedlichen Protesten, teils mit bewaffnetem Widerstand gegen die Besatzung zur Wehr. Aber selbst rein symbolische Aktionen werden mit harter Repression bestraft: Das Zeigen der Morgenstern-Flagge, des Symbols der papuanischen Unabhängigkeitsbewegung, kann mit bis zu 20 Jahren Gefängnis geahndet werden. Politische Aktivisten berichten aus den Gefängnissen von Misshandlungen, Folter und fehlendem Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung.

Aktivisten der Widerstandsorganisation OPM mit der Morgenstern-Flagge

Foto:https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Organisasi_Papua_Merdeka.jpg

Gleichzeitig sind außergerichtliche Tötungen ein wiederkehrendes Muster staatlicher Gewalt. Besonders betroffen ist das entlegene Hochland West-Papuas, aus dem immer wieder Berichte über Massaker an der Zivilbevölkerung auftauchen. Zwischen 1977 und 1978 wurden Tausende von Menschen im Baliem-Tal ermordet, 1981 starben in Paniai bis zu 13.000 Menschen, und 2021 wurden in Kiwirok ganze Dörfer ausgelöscht. Beobachter gehen davon aus, dass seit der indonesischen Übernahme 100.000 bis 500.000 Papuaner getötet wurden – ein Viertel der ursprünglichen Bevölkerung. Die indonesische Herrschaft wird von Analysten häufig mit der Metapher eines Slow-motion- oder kalten Genozids beschrieben, da die Bevölkerung systematisch reduziert, vertrieben und marginalisiert wird. Nach Artikel II der UN-Völkermordkonvention – die Indonesien bis dato nicht ratifiziert hat – spricht man bei einem Genozid von einem Vorgehen, das „in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören".

Der indonesische Staat versucht, diese Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Internationale Journalisten haben keinen freien Zutritt zu West-Papua, kritische Websites sind in Indonesien gesperrt, und der Menschenrechtskommission der UN wurde mehrfach der Zugang entzogen. Dennoch tauchen immer wieder Videos von Folterungen in sozialen Netzwerken auf. Sie zeigen die Realität, die abseits des internationalen Interesses stattfindet – ein Schweigen, das die systematische Unterdrückung noch verstärkt.

Dass diese Praktiken vom indonesischen Staat ausgehen, mag überraschen. Als ehemalige Kolonie liegt die Verankerung einer Erfahrung der Ausgrenzung, Unterdrückung und rassistischer Umgangsweise nahe, mit der dazugehörigen Sensitivierung für diese Themen. Papuaner werden von Indonesiern dennoch oft als rückständig und primitiv dargestellt. Begriffe wie „Affen", „Hunde" oder „Schweine" sind gängige rassistische Beleidigungen. Ihnen wird eine niedrige Intelligenz nachgesagt und ihr Lebensstil als primitiv abgetan.

Eine zentrale Strategie zur Kontrolle West-Papuas ist die gezielte Umsiedelung nicht-papuanischer Indonesier in die Region. Durch das staatliche Transmigrasi-Programm werden seit Jahrzehnten vor allem muslimische Javaner und Sulawesier in das sonst protestantische West-Papua umgesiedelt. Das hat Verdrängung und Segregation zur Folge. In den Städten kann man beobachten, wie Indonesier Läden betreiben und hochwertige Waren verkaufen – während papuanische Frauen davor auf dem Boden sitzen und Süßkartoffeln und Betelnüsse anbieten. Eine solche Verdrängung der papuanischen Bevölkerung in den informellen Sektor verhindert nicht nur eine ökonomisch nachhaltige Strategie, sondern auch deren kulturelle Sichtbarkeit und die damit verbundene Anerkennung. Die Konsequenz ist eine ökonomische und kulturelle Unterwanderung West-Papuas.

Indonesiens Herrschaft folgt kolonialen Mustern

West-Papua ist für Indonesien nicht wegen der Bevölkerung von Wichtigkeit. Es ist aber reich an Bodenschätzen, hat große Flächen an Regenwald. Diese Ressourcen werden ausgebeutet – die größte Gold-

Eine papuanische Frau verkauft Betelnüsse in Wamena.

Foto: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wamena,_Papua,_Indonesia_2019_77.jpg

mine der Welt, die Grasberg Mine, befindet sich in West-Papua, betrieben von einem US-amerikanischen Konzern mit Unterstützung der indonesischen Regierung. Die Rohstoffe werden aber in Java oder im Ausland verarbeitet. Damit bleibt nur ein kleiner Teil der Wertschöpfung vor Ort, während der meiste Gewinn außerhalb der Region gemacht wird. Zudem führen Palmölplantagen, illegale Waldwirtschaft und andere extraktive Industrien zur Zerstörung von Lebensräumen der indigenen Bevölkerung.

Indonesiens Herrschaft über West-Papua folgt kolonialen Mechanismen: Die indigene Bevölkerung wird rassistisch abgewertet, ihre Kultur unterdrückt, und durch gezielte Migrationspolitik wird sie zur Minderheit im eigenen Land gemacht. So hat sich Indonesien innerhalb weniger Jahrzehnte von einer antikolonialen Nation in eine koloniale Besatzungsmacht verwandelt.

Die Tragik liegt in der Motivation, mit der Indonesien vorgeht: Das antikoloniale Ziel, einen Nationalstaat aus dem kulturell diversen Archipel der ehemaligen Niederländischen Ostindien-Kompanie zu bilden, fordert ein Vorgehen, das sich nur in kolonialen Logiken vorantreiben lässt. Für eine erfolgreiche Dekolonisation muss Indonesien ein anderes Narrativ entwickeln statt die nationale Einheit der ehemaligen niederländischen Kolonien zu erzwingen.

Niklas G. Schwarz

Transmigrasi-Siedlung

Quelle: Government of Aceh. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sigulai_Simeulue.jpg

Scharia in der indonesischen Provinz Aceh

Zwei Universitätsstudenten wurden im Februar 2025 in der Stadt Banda Aceh öffentlich ausgepeitscht, weil sie eine einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehung hatten. Medienberichten zufolge wurden die beiden im November 2024 von Einheimischen festgenommen, die gewaltsam in ihr gemietetes Zimmer in Banda Aceh eingebrochen waren und die zwei Studenten zur Scharia-Polizei brachten.

Bürgerverhaftungen durch Einheimische und Überstellung an die Scharia-Polizei sind ein üblicher Vorgang, seit Aceh 2001 als einzige Provinz Indonesiens die Scharia als offizielle Grundlage des Rechtssystems eingeführt hat. Die Gesetze werden von islamischen Gerichten durchgesetzt und sehen in einigen Fällen bis zu 200 Peitschenhiebe als Strafe für „Vergehen“ vor, darunter einvernehmliche Intimität oder sexuelle Handlungen unverheirateter Paare, einvernehmlicher Sex außerhalb der Ehe, gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen, Konsum und Verkauf von Alkohol und Glücksspiel. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2025 wurden in Aceh bereits 15 Personen wegen verschiedener Verstöße gegen die Scharia zu Auspeitschungen verurteilt.

Nach internationalen Menschenrechtsvorschriften sind alle Formen der körperlichen Züchtigung verboten, da sie eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung und häufig auch Folter darstellen.

Quelle: www.queeramnesty.de

Erdoğans Weg vom Hoffnungsträger zum Autokraten

Seit Jahren wird die Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zunehmend repressiv: Oppositionelle werden unterdrückt, verhaftet und in unfairen Gerichtsverfahren zu teils absurd hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Pressefreiheit wurde stark eingeschränkt und die Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben. Aber es formiert sich Widerstand, besonders seit der Verhaftung des beliebten Bürgermeisters von Istanbul und Erdoğan-Herausforderers Ekrem İmamoğlu.

Erdoğans Regierungszeit hatte vielversprechend angefangen: Am 3. November 2002 holte die erst ein Jahr zuvor gegründete AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) die absolute Mehrheit im Parlament. Ihr Mitbegründer und Parteivorsitzender Erdoğan versprach am Wahlabend unter anderem, das Land zu demokratisieren, die Verfassungsinstitutionen zu stärken, Menschenrechte zu achten, den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu beschleunigen, friedliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten zu schaffen und die Kurdenfrage zu lösen.

Die AKP fand damals eine breite Unterstützung nicht nur in der türkischen Bevölkerung, sondern auch durch die Europäische Union, die USA und viele Nachbarstaaten. Die noch junge Partei sollte die Türkei demokratisieren und stabilisieren – nach Jahren der verbreiteten Korruption, des erbitterten Kriegs gegen die Kurden im Südosten der Türkei und nach mehreren Militärputschen sowie der Kontrolle der Politik durch das Militär.

Da Erdoğan 1998 während seiner Zeit als Bürgermeister von Istanbul wegen Volksverhetzung zu einer mehrmonatigen Haftstrafe und lebenslangem Politikverbot verurteilt worden war, übernahm zunächst sein Parteifreund Abdullah Gül im November 2002 das Amt des Ministerpräsidenten. Aufgrund einer Gesetzesänderung wurde das Politikverbot gegen Erdoğan aufgehoben, so dass er drei Monate später über eine Nachwahl Ministerpräsident werden konnte.

Istanbul, 23. März 2025: Die Polizei setzt gegen eine Demonstrantin Pfefferspray ein.
Quelle: https://www.amnesty.at/news-events/news/tuerkei,
© Kemal Aslan

Vielversprechende Reformen

Die Anfangsphase der Regierungszeit Erdoğans war von Erfolgen geprägt: Die Türkei nahm offizielle Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf und verabschiedete zahlreiche demokratische Reformen: Die Todesstrafe wurde 2004 abgeschafft, die Meinungsfreiheit zunächst erweitert und der Kampf gegen Folter verstärkt. Die Lage der Kurden wurde durch die Zulassung kurdischer Sprachkurse und TV-Programme verbessert. Auch betrieb Erdoğan zu dieser Zeit eine Annäherung an Armenien. Er lud die armenische Regierung ein, eine aus türkischen und armenischen Wissenschaftlern bestehende Historikerkommission zur Aufarbeitung des Völkermords an den Armeniern zu gründen. Und die Wirtschaft erlebte einen beispiellosen Aufschwung. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Türken stieg im ersten Jahrzehnt der AKP-Regierung von 3.500 auf fast 12.000 Dollar pro Jahr.

Unter Erdoğan verbesserte sich das Verhältnis der Türkei zu ihren östlichen Nachbarn deutlich. Die Beziehungen zum syrischen Regime galten bis 2011, dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien, als sehr gut.

Auch gegen den Einfluss des Militärs setzte sich die Regierung durch: Das Militär, das sich als Hüter der säkularen Republik sieht, drohte 2007 indirekt mit einem Putsch, falls der islamisch-konservative Abdullah Gül als Kandidat der Regierungspartei AKP für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren würde. Die Regierung berief Neuwahlen ein, um die Unterstützung der Bevölkerung für ihren Kandidaten zu demonstrieren. Mit über 46 Prozent der Stimmen erreichte die AKP bei der Wahl im Jahr 2007 die absolute Mehrheit im Parlament. Mit diesem Erfolg und den bereits in die Wege geleiteten Reformen gelang es Erdoğan, den traditionell großen Einfluss der türkischen Streitkräfte auf die Politik einzuschränken. Das Militär hatte in den Jahren 1960, 1971, 1980 und 1997 vier gewählte Regierungen durch Militärputsche gestürzt und darauf hingewirkt, dass mehrere politische Parteien verboten wurden.

Drohendes Verbot der AKP wegen „anti-laizistischer Aktivitäten“

Im Jahr 2008 gab es einen Rückschlag für Erdoğan: Seine AKP entging nur knapp einem Parteiverbot. Grund des Verfahrens war der Vorwurf des Oberstaatsanwalts, die Partei sei zum „Zentrum anti-laizistischer Aktivitäten“ geworden. Er bezog sich damit auf Verfassungsänderungen, die das Parlament verabschiedet hatte, um Frauen das Tragen des Kopftuchs in öffentlichen Einrichtungen zu erlauben. Sieben der elf Richter hätten für das Verbot stimmen müssen, es waren aber nur sechs. Möglicherweise gab dieser drohende Machtverlust Erdoğan den Impuls, seine Macht auszuweiten und staatliche Institutionen – vor allem die Justiz – in den Griff zu bekommen.

Noch immer in Haft, obwohl das türkische Verfassungsgericht und der Europäische Gerichtshofs für Menschenrechte die Freilassung angeordnet haben: der Menschenrechtsverteidiger Osman Kavala, der ehemalige Vorsitzende der kurdisch-linken HDP Selahattin Demirtaş und der Menschenrechtsanwalt Can Atalay (v.l.n.r.).

Quelle: www.amnesty.org und www.amnesty.ch

In einem weiteren Referendum stimmte die türkische Bevölkerung 2010 über eine umfassende Reform der türkischen Verfassung ab. Zentraler Punkt war eine deutliche Entmachtung des Militärs. Außerdem sollten auch Grundrechte gestärkt werden, insbesondere die rechtliche Stellung von Frauen, Kindern und Minderheiten. Weitere Punkte waren Veränderungen im Parteienrecht und eine Justizreform.

Gezi-Park-Proteste

Trotz der Wahlerfolge der AKP – bei der Parlamentswahl im Juli 2011 erhielt sie fast 50 Prozent der Stimmen – formierte sich Widerstand gegen die als autoritär empfundene AKP-Regierung. Er brach sich Bahn in den Massenprotesten vom Gezi-Park im Sommer 2013. Ursprünglich hatte sich der Protest Ende Mai gegen den umstrittenen Bau eines Einkaufszentrums auf dem Gelände des Istanbuler Gezi-Parks gerichtet. Nach einem gewaltsamen Polizeieinsatz gegen die protestierenden Umweltschützer hatten sich die Proteste aber schnell zu landesweiten Demonstrationen ausgeweitet, die sich über Monate hinzogen. Mehr als 3,5 Millionen Menschen protestierten gegen Polizeigewalt und gegen die islamisch-konservative Regierung Erdoğans. Im Zusammenhang mit den Gezi-Park-Protesten wurden Tausende inhaftiert, viele wurden von der Polizei misshandelt und verletzt, einige getötet.

Diese Proteste seien für Erdoğan der entscheidende Wendepunkt gewesen, seither sei er auf einem autoritären Weg, um seine Macht abzusichern, sagte der türkische Politikwissenschaftler Ilhan Uzgel in einer Sendung des Deutschlandfunks im Dezember 2022. Uzgel hatte an der renommierten Universität Ankara gelehrt. Er wurde 2017 auf Befehl Erdoğans entlassen und mit einer Ausreisesperre belegt – so wie Dutzende seiner Kollegen an der Universität und tausende Wissenschaftler im Land. Er hatte einen regierungskritischen Friedensaufruf in der Kurdenfrage unterzeichnet.

Verlust der absoluten Mehrheit der AKP bei der Parlamentswahl im Juni 2015

Am 28. August 2014 wurde Erdoğan der erste direkt vom Volk gewählte Staatspräsident der Türkei. Er ließ seine Mitgliedschaft in der AKP ruhen, da der Präsident verfassungsrechtlich damals kein Mitglied einer Partei sein durfte.

Einen deutlichen Dämpfer für Erdoğans AKP brachte die Parlamentswahl im Juni 2015: Sie verfehlte die Mehrheit der Mandate, seit 2002 hatte sie mit absoluter Mehrheit regiert. Da in der 45 Tage andauernden Frist kein Koalitionspartner gefunden werden konnte, fanden am 1. November 2015 Neuwahlen statt, bei der die AKP wieder eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze erlangen konnte. Vertreter der OSZE und des Europarates kritisierten die Gewalt vor der Abstimmung und den unfairen Wahlkampf, sie warfen dem staatlichen Sender TRT parteiische Berichterstattung vor.

Flüchtlingsabkommen zwischen EU und der Türkei

Im März 2016 einigten sich die Türkei und die Europäische Union auf ein Abkommen zur Begrenzung der in die EU einreisenden Flüchtlinge. Das Abkommen sieht unter anderem vor, dass Flüchtlinge und Migranten, die über die Türkei nach Griechenland gelangen, in die Türkei zurückgeschickt werden, falls Griechenland ihre Asylanträge ablehnt. Amnesty International kritisiert, dass diese Rückführungsvereinbarung gegen internationales Recht verstoße, da die Türkei nicht als sicheres Land für Flüchtlinge gelte, und dass die Situation für Geflüchtete in der Türkei unzumutbar sei. Amnesty hat zahlreiche rechtswidrige Abschiebungen dokumentiert. So wurden zum Beispiel Flüchtlinge und Migranten auch 2024 wieder nach Syrien und Afghanistan abgeschoben, wo ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohten. Die EU ist durch das Türkei-Abkommen erpressbar. Sie hält sich mit Kritik an Erdoğan zurück, um die Vereinbarung nicht zu gefährden. Die Türkei hat die Flüchtlinge seither mehrfach als Druckmittel eingesetzt, so zum Beispiel im Februar 2020: Die türkische Regierung verkündete, dass sie niemanden mehr am Grenzübertritt Richtung EU hindern werde. Daraufhin kam es zu einem Ansturm von Geflüchteten auf die Land- und Seegrenzen zu Griechenland und Bulgarien.

Ein weiterer Grund für zurückhaltende Kritik: Die Türkei ist ein wichtiger Nato-Partner, sie stellt die zweitstärkste Armee im Bündnis.

Putschversuch des Militärs 2016

Im Juli 2016 versuchte ein Teil des türkischen Militärs, die Regierung mit Staatspräsident Erdoğan und dem Kabinett des damaligen Ministerpräsidenten Yıldırım (ebenfalls

AKP) zu stürzen. In Ankara und Istanbul kam es zu schweren Angriffen und Zusammenstößen mit Zivilisten. Es gab zahlreiche Verletzte und Tote. Auch das Parlament, der Geheimdienst und das Dezernat für Sondereinsätze der türkischen Polizei in Ankara wurden angegriffen. Der Putschversuch scheiterte, auch weil sich viele Bürger den Panzern in den Weg stellten. Erdoğan entkam dem Anschlag, aber zwei seiner Sicherheitskräfte wurden getötet und sieben verletzt. Ermittlungsbehörden und staatliche Stellen machten eine Bewegung des inzwischen in den USA verstorbenen Fethullah Gülen für den Umsturzversuch verantwortlich.

Nach dem gescheiterten Putsch wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, und die Regierung begann mit einer radikalen „Säuberung". Mehr als 45.000 Angehörige des Militärs, der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes wurden verhaftet oder suspendiert. Auch Tausende Akademiker wurden entlassen – ein Versuch, kritische Stimmen aus den Universitäten und der Wissenschaft zum Schweigen zu bringen. Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit wurden massiv eingeschränkt. Medienhäuser wurden geschlossen, Journalistinnen und Journalisten inhaftiert.

Einführung eines Präsidialsystems

Die Putscherfahrung bestärkte Erdoğan in seinem Vorhaben, seine Macht auszuweiten und ein Präsidialsystem einzuführen: Das seitherige parlamentarische Regierungssystem sollte durch eine Staatsform ersetzt werden, in der er als Staatspräsident zugleich das Amt des Regierungschefs innehat. Da ihm die für eine Verfassungsänderung notwendige 2/3-Mehrheit im Parlament fehlte, leitete er ein Referendum ein, für das nur eine 3/5-Mehrheit der Mandate nötig ist. Im April 2017 stimmte die türkische Bevölkerung in einer umstrittenen Wahl – es waren gefälschte Stimmzettel aufgetaucht, die Opposition sprach von Wahlbetrug – der erneuten Verfassungsänderung zu. Da mit der Verfassungsreform das Parteiverbot für den Präsidenten aufgehoben wurde, konnte sich Erdoğan im Mai 2017 wieder zum Vorsitzenden der AKP wählen lassen.

Im neuen System verfügt der Präsident über weitreichende Befugnisse. Er kann Präsidialverordnungen erlassen und Schlüsselpositionen im Staatsapparat allein besetzen, vor allem in der Justiz, im Militärwesen und an Universitäten. Er ist berechtigt, Minister, Richter und Universitätsrektoren zu ernennen und zu entlassen und den Staatshaushalt zu planen. Zudem kann er ein Veto gegen die vom Parlament verabschiedeten Gesetze einlegen. Das Parlament kann dieses Veto nur mit einer 3/5-Mehrheit außer Kraft setzen. Faktisch existiert in der Türkei keine Gewaltenteilung mehr, die Staatsgewalt geht allein vom Präsidenten aus. Das Ergebnis der Verfassungsänderung ist eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der Exekutive und zum Nachteil des Parlaments. Parlamentarische Kontrollinstanzen wie das Misstrauensvotum oder die mündliche Befragung des Präsidenten und der Minister vor dem Parlament gibt es nicht mehr. Es bleiben nur noch schriftliche Anfragen, deren Beantwortung im Ermessen des Präsidenten oder seiner Stellvertreter liegt.

Wegen der durch die Verfassungsänderung erlangten Machtfülle des Präsidenten warnte die Venedig-Kommission des Europarates, die Staaten verfassungsrechtlich berät, vor einem Abgleiten der Türkei in ein diktatorisches System.

Schwindender Zuspruch für islamisch-konservative Regierung

Bei den vorgezogenen Parlaments- und Präsidentenwahlen 2018 sank mit 42,6 Prozent die Zustimmung für die AKP zwar um sieben Prozent der Stimmen gegenüber der Wahl im November 2015, das Wahlbündnis „Volksallianz" der AKP mit der rechtsextremen, ultranationalistischen MHP erreichte aber die absolute Mehrheit der Stimmen. Erdoğan wurde wieder zum Präsidenten gewählt.

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen im Mai 2023 brachten der AKP mit nur 35,6 Prozent das zweitschlechteste Ergebnis ihres Bestehens. Sie blieb aber stärkste Kraft im Parlament. Erdoğan gewann in einer Stichwahl die Präsidentschaft gegen seinen Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu von der größten Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei). Eigentlich hätte Erdoğan gar nicht zum dritten Mal antreten dürfen, weil dem Präsidenten laut Verfassung nur zwei Amtsperioden erlaubt sind. Durch vorgezogene Wahlen ließ sich dieser Passus aber umgehen.

Bei den Kommunalwahlen 2024 verlor die AKP deutlich – vor allem in den Metropolen. Dort stellt die oppositionelle CHP die Bürgermeister, auch in Istanbul. In einigen Bezirken missachteten Staatsbedienstete allerdings die offiziellen Wahlergebnisse. Das Innenministerium enthob mehrere gewählte Bürgermeister wegen terrorismusbezogener Vorwürfe ihres Amtes und ersetzte sie durch staatlich ernannte Vertreter, die der Regierungspartei angehören.

Für Erdoğan macht die Entwicklung deutlich, dass seine AKP nicht mehr auf die absolute Mehrheit bauen kann. Seine immer stärker werdenden Repressionen haben das oppositionelle Lager gestärkt. Die Bevölkerung leidet außerdem unter der schlechten wirtschaftlichen Situation. Eine massive Wirtschaftskrise mit gestiegener Arbeitslosigkeit verringerte den Wohlstand. Die Inflationsrate ist im Vergleich zum letzten Jahr gesunken, aber sie ist immer noch hoch, im April 2025 lag sie bei fast 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die türkische Lira ist gegenüber dem US-Dollar und dem Euro in den letzten fünf Jahren auf weniger als ein Fünftel ihres Werts gefallen. Dadurch sind die

Importpreise stark gestiegen. All dies führte zu einer Verarmung weiter Bevölkerungskreise.

Erdoğan versucht, der Unzufriedenheit und Kritik mit noch mehr Druck und Härte zu begegnen.

Urteile des EGMR und anderer Gerichte werden ignoriert

In keinem anderen der 46 Mitgliedsländer des Europarates sind so viele Menschen im Gefängnis wie in der Türkei. Nach Angaben der „Generaldirektion für Straf- und Justizvollzugsanstalten" des türkischen Justizministeriums waren im April dieses Jahres 403.060 Personen inhaftiert, das sind über achtmal so viele wie im Jahr 2000. Viele von ihnen haben lediglich die Regierung kritisiert. Nach wie vor müssen Menschenrechtsverteidiger, Journalisten, Oppositionspolitiker und andere Personen mit unbegründeten Ermittlungen, strafrechtlicher Verfolgung und Schuldsprüchen rechnen. Bindende Entscheidungen des Verfassungsgerichts wurden in der Rechtsprechung ignoriert und Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in mehreren Fällen nicht umgesetzt.

Im Januar 2024 reichte der inhaftierte Menschenrechtsverteidiger und Kunstmäzen Osman Kavala eine neue Beschwerde vor dem EGMR ein. Darin beklagte der seit 2017 mit nur kurzer Unterbrechung inhaftierte Aktivist Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention. Der Gerichtshof hatte 2019 seine Freilassung angeordnet, was von der türkischen Regierung aber bis heute ignoriert wird. Der Europarat leitete im Februar 2022 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei ein, weil sie die Freilassung Kavalas verweigert hatte. Dennoch wurde er am 25. April 2022 wegen versuchten Umsturzes der Regierung im Zusammenhang mit den Gezi-Protesten von 2013 zu lebenslanger Haft unter erschwerten Bedingungen, also zu Isolationshaft ohne Möglichkeit der Bewährung, verurteilt.

Die ehemaligen Ko-Vorsitzenden der kurdisch-linken Demokratischen Volkspartei (HDP), Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, befinden sich seit 2016 in Haft. Nach einem EGMR-Urteil aus dem Jahr 2020 ist Demirtaş aus politischen Gründen inhaftiert. Der Gerichtshof forderte seine sofortige Freilassung. Erdoğan erklärte öffentlich, für ihn sei dieses Urteil nicht bindend. Ein türkisches Gericht verurteilte Demirtaş im Jahr 2024 zu insgesamt 42 Jahren Gefängnis und Figen Yüksekdağ zu 30 Jahren und drei Monaten. Die Anklage hatte behauptet, sie hätten bewaffnete Proteste gegen den türkischen Staat angefacht. Weitere Abgeordnete der ehemaligen HDP und ihrer Nachfolgepartei DEM wurden und werden ebenfalls ihrer Ämter enthoben, inhaftiert und verurteilt.

Auch der türkische Menschenrechtsanwalt Can Atalay verbüßt wegen „Beihilfe zum versuchten Umsturz" zurzeit eine 18-jährige Haftstrafe. Er hatte Betroffene verschiedener Grubenunglücke sowie Journalisten und Schriftsteller im Kampf um Gerechtigkeit und Meinungsfreiheit vor Gericht vertreten. Außerdem hatte er eine Bürgerrechtsorganisation verteidigt, die sich gegründet hatte, um gegen die Baupläne im Gezi-Park vorzugehen. Obwohl das Verfassungsgericht in drei aufeinanderfolgenden Entscheidungen seine Freilassung angeordnet hatte, ist der Anwalt immer noch inhaftiert.

Am 19. März 2025 wurde der bekannte Erdoğan-Kritiker und beliebte Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu seines Amtes enthoben und inhaftiert. Der CHP-Politiker galt als aussichtsreichster Kandidat der Opposition für die Präsidentenwahl 2028. Auch sein Universitätsabschluss – eine der Voraussetzungen für die Präsidentschaftskandidatur – wurde ihm aberkannt. Gegen İmamoğlus Berater und viele andere aus seinem Umfeld wurde ebenfalls Untersuchungshaft angeordnet. İmamoğlu werden Korruption und Unterstützung einer terroristischen Organisation vorgeworfen. Diese Vorwürfe sind häufig politisch konstruiert und dienen der Unterdrückung von Oppositionellen. Trotz Demonstrationsverboten, brutaler Polizeigewalt und Massenverhaftungen gehen Hunderttausende auf die Straße, um gegen diese Willkür und Missachtung von Wahlen zu protestieren. Unter den Demonstranten sind sehr viele junge Menschen, vor allem Studierende. Auch im Ausland wurde das Vorgehen der türkischen Regierung stark kritisiert. Das Auswärtige Amt sprach von einem schweren Rückschlag für die Demokratie in der Türkei. „Politischer Wettbewerb darf nicht mit Gerichten und Gefängnissen geführt werden", so die Behörde. Die CHP hat İmamoğlu trotz seiner Inhaftierung zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2028 gewählt.

Im März 2025 wurde Ekrem İmamoğlu, Istanbuler Bürgermeister und Erdoğan-Konkurrent um die Präsidentschaft, seines Amtes enthoben und inhaftiert.
Quelle: wikipedia.org

Die AKP unter Erdoğan scheint jegliches Interesse an einer Demokratisierung des Landes verloren zu haben. Es kommen einem die Zeilen in den Sinn, die Erdoğan 1998 bei einer öffentlichen Rede aus einem Gedicht zitiert hatte und deretwegen er für vier Monate ins Gefängnis musste: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Eva Scheerer

Europa rüstet sich

Auf die reale Bedrohung durch Russland einerseits und dem Totalausfall der USA als NATO-Partner andererseits soll bis 2030 unter dem schlichten Titel „Bereitschaft 2030“ eine massive militärische Stärkung Europas folgen. So debattiert Deutschland unter anderem die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder Variationen davon, während Frankreich und Polen gegebenenfalls durch Produktion neuer Atombomben einen eigenen atomaren Schutzschirm über Europa aufspannen wollen. Die von Polen, Estland, Lettland und Litauen ins Spiel gebrachte Wiederaufnahme von Streubomben oder Landminen in das Waffenarsenal ist besonders kritisch zu hinterfragen.

Landminen

Das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf (gichd.org) stuft Landminen in fünf Kategorien ein. Am bekanntesten sind die Sprengminen, die als Antipersonenwaffen eingesetzt werden. Gut getarnt im Boden vergraben lösen diese eine heftige lokale Explosion aus, sobald sie von einer Person betreten werden. Diese schlichte Variante ist besonders günstig in der Masse zu produzieren und aufgrund ihrer robusten Konstruktion noch viele Jahrzehnte nach dem Ende der Kampfhandlungen eine Gefahr für die Zivilbevölkerung. Mit dem Alter kann sich durch Korrosion die Druckempfindlichkeit deutlich erhöhen, und verschüttete Minen können sich durch natürliche Erosion des Erdreichs wieder an die Oberfläche arbeiten. Der offenliegende Auslösemechanismus reagiert dann unter Umständen bereits auf leichteste Erschütterungen wie einen in der Nähe herabfallenden Ast.

Die folgenden drei verschiedenen Streuminen unterscheiden sich in der Explosionsrichtung und dem Auslösemechanismus: Omnidirektionale Minen verschießen bei Auslösung scharfe Metallsplitter rundum, während direktionale Varianten die Fragmente in Feindrichtung schleudern. Besonders effektiv sind springende Streuminen, die erst auf Augenhöhe explodieren und die tödlichen Splitter in alle Richtungen abstrahlen. Diese Minen werden meist mit einem Draht oder einem anderen Auslöser zur Explosion gebracht.

In die fünfte Kategorie fallen die Antifahrzeugminen. Strategisch und gut getarnt am Wegesrand platziert werden diese oft eingesetzt, um Nachschubwege des Feindes abzuschneiden. Die Sprengkraft reicht dabei aus, schwach gepanzerte Militärfahrzeuge durch die Luft zu schleudern.

Keine Kriegspartei macht sich die Mühe, nach dem Ende der Kampfhandlungen die betroffenen Gebiete wieder zu entminen – sofern die Ablageorte überhaupt noch bekannt sind. Es bleiben unzählige schwer zu ortende Sprengfallen zurück, die auch nach Jahrzehnten noch ihre volle Explosionskraft entfalten können und lange eine unsichtbare Gefahr für unschuldige Zivilisten bleiben. Tatsächlich böte die Rüstungsindustrie schon seit geraumer Zeit modernere Minen an, die sich nach einem programmierten Verfallsdatum selbst entschärfen oder zur Explosion bringen können. Da diese aufgrund der verbauten Zusatzelektronik in der Beschaffung jedoch um ein Vielfaches teurer als herkömmliche Minen sind und keinen militärischen Mehrwert bieten, werden sie in bewaffneten Konflikten nicht eingesetzt.

Verschiedene Nichtregierungsorganisationen und die Vereinten Nationen versuchen, sich Zugang zu mutmaßlich verminten Gebieten zu verschaffen, um die Sprengkörper mit Spezialgerät und minensicheren Fahrzeugen aufzuspüren und zu entschärfen. Mit rund zehntausend Helfern ist HALO Trust (halotrust.org) eine der größten internationalen NGOs im Bereich Räumung von Altkriegslasten, für die auch NATO-Staaten spenden. Im März 2025 freute sich der Geschäftsführer James Cowan über die Zusage von fünf Millionen Euro des deutschen Auswärtigen Amtes

Helfer von HALO Trust suchen in Angola nach Landminen – ein mühsames und lebensgefährliches Suchspiel.
Quelle: HALO Trust

zur Unterstützung der Minenräumung in Syrien: „Nun, da Millionen von Syrern zurückkehren, wird das helfen, Tod und Verletzungen abzuwenden […], wo Opfer und Verseuchung [mit Minen] am höchsten sind." Die finanziellen und technischen Mittel bleiben jedoch begrenzt, und man ist auf die Kooperation der ehemaligen Kriegsparteien angewiesen. Die systematische Entminung bleibt eine teure, lebensgefährliche Sisyphusarbeit.

Streubomben

Streubomben sind schwere Artillerie, die zu massiven Kollateralschäden führen kann. Das Grundprinzip: Der Hauptsprengkörper setzt bei seiner Explosion Kaskaden weiterer Sprengkörper frei. So lässt sich mit dem Abwurf oder Abschuss eines einzelnen Projektils binnen Sekunden ein großes Feindgebiet abdecken. Das Streufeld lässt sich aufgrund der mehrstufigen Detonationen und unkontrollierbaren Einflüssen wie Windstärke und Abprallern dabei nur grob vorausberechnen. Durch technische Weiterentwicklungen könnte intelligente Streumunition tendenziell weniger scharfe Blindgänger zurücklassen, setzt sich auf dem Rüstungsmarkt jedoch nur schwer gegen die günstigen konventionellen Varianten durch, und Altbestände werden in der Regel nicht aufgefrischt.

In zwei bedeutenden Abkommen haben sich diverse Staaten, darunter auch die Ukraine, dazu verpflichtet, auf Landminen und Streumunition als Kampfmittel zu verzichten. Abgesehen von der behandelten Waffengattung unterscheiden sich das „Übereinkommen über das Verbot […] von Antipersonenminen und über deren Vernichtung" (1997) und das „Übereinkommen über Streumunition" (2010) strukturell und inhaltlich nur in Details, im Folgenden werden beide Dokumente daher gemeinsam betrachtet. Im Artikel 1 finden sich jeweils die konkreten Verpflichtungen, die sich auf drei Kernpunkte reduzieren lassen: Verzicht auf zukünftigen Einsatz, Vernichtung gelagerter Waffen und Identifikation und Absicherung einstiger Einsatzgebiete. Die ratifizierenden Staaten sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanziell und technisch gegenseitig dabei unterstützen, diese Punkte fristgerecht umzusetzen. Für Landminen wurden den Unterzeichnerstaaten für die Umsetzung initial zehn Jahre ab Inkrafttreten eingeräumt, im Fall der Streubomben acht Jahre – jeweils mit Option auf begründete Verlängerungen. Spätestens alle fünf Jahre kontrolliert eine Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen die Fortschritte.

Springminen wie diese sind besonders heimtückisch, da sie erst auf Augenhöhe detonieren.

Quelle: GICHD

Ein Austritt ist in den beiden Dokumenten identisch geregelt. Dieser ist nach einem begründeten formalen Antrag jederzeit möglich, die Produktion und der Einsatz von Landminen bzw. Streumunition darf allerdings erst nach einer Sperrfrist von sechs Monaten wieder aufgenommen werden. Kommt es innerhalb der Karenzzeit zu einem bewaffneten Konflikt, gilt diese Regelung als aufgehoben und die beiden Waffengattungen bleiben auch nach Ablauf der Sechsmonatsfrist bis zum Ende der Kampfhandlungen verboten. Durch diese Hürden soll verhindert werden, dass Staaten spontan aus dem Vertrag aussteigen, um sofort Minen und Streubomben einsetzen zu können.

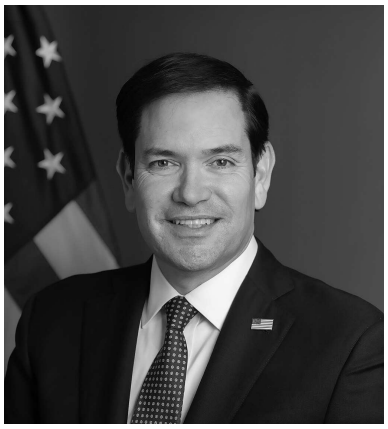
Die NATO war bei Redaktionsschluss formal noch keine Kriegspartei im Russlandkonflikt. Würden sich Polen, Estland, Lettland und Litauen zeitnah aus dem Abkommen zurückziehen, so könnten sie ohne weitere Zusatzvereinbarungen frühestens nach sechs Monaten die umstrittenen Waffen zur Verteidigung gegen Russland einsetzen. Würden die NATO-Mitglieder bereits zuvor zu aktiven Kampfhandlungen gezwungen und offiziell den Kriegszustand erklären, könnte der Austritt wirkungslos verpuffen. Sollten es die osteuropäischen Staaten mit ihrem Vorhaben der Verwendung von Landminen und Streumunition tatsächlich ernst meinen, müssten sie die Vertragsaustrittserklärung frühzeitig einreichen. Der polnische Regierungschef Donald Tusk hat Anfang März 2025 angekündigt, die notwendigen Schritte von Verteidungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz prüfen zu lassen.

Neben den üblichen Verdächtigen wie China und Russland haben auch die USA die beiden Abkommen nicht ratifiziert und können in internationalen Konflikten weiterhin nach Belieben Landminen und Streubomben einsetzen. Dies würde jedoch als schweres Kriegsverbrechen eingestuft. Tatsächlich hat Russland nach Recherchen von Human Rights Watch (hrw.org) seit Kriegsbeginn bereits mehrfach Streumunition gegen die Ukraine eingesetzt, belegt durch zahlreiche Zeugenaussagen und Fotos gefundener Kartuschen. Die Ukraine als Unterzeichner beider Sperrverträge ist hierdurch möglicherweise militärisch im Nachteil. Im Juli 2023 wurde kolportiert, dass die USA die Ukraine mit Streubomben versorgen

und somit die geltenden Vereinbarungen unterlaufen wollen. In einem entsprechenden Bericht kritisierte Amnesty International (amnesty.org) dieses Vorhaben damals als rückschrittlich: „Die Pläne der Biden-Administration, Clusterbomben an die Ukraine zu liefern [untergraben] die Bemühungen, Zivilisten vor solchen Gefahren während und nach bewaffneten Konflikten zu schützen […].“ Ob es in der Folge tatsächlich zu solchen Lieferungen und dem Einsatz durch die Ukraine kam, ist unklar. Öffentlich werfen sich die beiden Kriegsparteien in erster Linie gegenseitig Raketen- und Drohnenangriffe vor, während man sich zum Verlauf des zähen Bodenkriegs zum Schutz der Soldaten extrem bedeckt hält. Möglicherweise sind stark umkämpfte Gebiete längst großflächig vermint.

Atomwaffen

Russland drohte dem Westen schon mehrfach mit einem atomaren Erstschlag – eine Endzeit-Dystopie, die Experten für äußerst unwahrscheinlich halten. Inzwischen bestehen aber durchaus begründete Zweifel daran, dass die USA ihre teilweise in Europa gelagerten Atomwaffen im Ernstfall tatsächlich zum Abschuss freigeben würden. Frankreich und Großbritannien wollen diese Verschiebung im empfindlichen globalen MAD-Gefüge (mutual assured destruction, dt. „Gleichgewicht des Schreckens“) mit ihren eigenen Kontingenten von Atomsprengköpfen kompensieren und selbst einen atomaren Schutzschirm über Europa spannen. Allerdings sind beide ohne Unterstützung der USA logistisch überhaupt nicht in der Lage, ihr vergleichsweise bescheidenes Arsenal nuklearer Massenvernichtungswaffen kurzfristig im benötigten Umfang zu skalieren. Kleinere Atommächte wie Indien, Israel oder Pakistan werden diese Lücke nicht stopfen, und so bleibt Frankreich eine klare Antwort schuldig, woher genau die fehlenden Atomwaffen kommen sollen.



US-Außenminister Marco Rubio fordert von Europa deutlich höhere NATO-Beiträge.
Quelle: U.S. Department of State

Rüstungsindustrie profitiert

Nicht alle EU-Mitglieder wollen oder können sich in selbem Maß an „Bereitschaft 2030“ beteiligen. Bei den Militärausgaben lagen 2024 nach NATO-Angaben unter anderem Spanien und Luxemburg deutlich unter der angestrebten Zielmarke von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Insgesamt führte der Ukraine/Russland-Konflikt in den vergangenen Jahren im Schnitt aber bereits zu einem deutlichen Anstieg, den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Sommer 2024 als „größte Steigerung seit Jahrzehnten“ lobte. Trotzdem werfen die USA den Europäern immer wieder vor, bei Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit viel zu knausrig zu sein. US-Außenminister Marco Rubio forderte – erfolgreich! – im April 2025 in Brüssel die Anhebung des Ausgabeziels auf fünf Prozent.

Die europäische Rüstungsindustrie profitiert bereits stark von den erhöhten Etats. Das Manager-Magazin (manager-magazin.de) berichtete im März 2025, dass sich ein Einstieg der stark gebeutelten deutschen Automobilindustrie in diesen Sektor immer klarer abzeichnet. Porsche ist inzwischen an einem großen bayrischen Drohnenhersteller namens Quantum-Systems beteiligt, und Volkswagen deutete an, dass in den unwirtschaftlichen Werken in Dresden und Osnabrück möglicherweise bald Militärfahrzeuge vom Band rollen könnten. Der deutsche Rüstungsmarktführer Rheinmetall hat bereits sein Interesse an einer entsprechenden Übernahme der Standorte signalisiert. Die Rheinmetall AG selbst erlebt derweil den größten Boom seit Jahrzehnten. Die lückenlose Versorgung der Ukraine mit Kriegsgerät und Munition und die Bevorratung für „Bereitschaft 2030“ bescherten dem Konzern laut Geschäftsbericht 2024 zuletzt einen Jahresumsatz von fast zehn Milliarden Euro. Doch nicht alle Unternehmen können vom „Ukraine-Effekt“ zehren. Da vor allem schweres Gerät wie Panzer und mobile Raketenabschussanlagen nachgefragt sind, gelang dem Traditionsunternehmen Heckler & Koch, das NATO-Staaten und handverlesene Partner mit Personenwaffen wie Sturmgewehren und Granatwerfern beliefert, keine Gewinnsteigerung. Nach Angaben des Manager-Magazins stagnierte der Umsatz im Jahr 2024 bei rund 300 Millionen Euro und es kam zu Tumulten bei der Hauptversammlung.

Abschließend stellte der Südwestrundfunk (swr.de) im April die 2025 die Frage, ob auch private Anleger in die Waffenrüstungsindustrie investieren sollten. Einige Banken haben inzwischen entsprechende Angebote in ihr Portfolio aufgenommen. Finanzethiker Bernd Villhauer vom Weltethos-Institut in Tübingen warnt: „Wer in Rüstung und diesen ganzen Bereich investiert, kann sich durchaus mitschuldig machen und der verdient in gewisser Weise daran, dass irgendwo Menschen sterben.“ Immerhin scheint es auch Banken zu geben, die sich hiervon klar distanzieren. Für die Sprecherin der GLS-Bank Nora Schareika „erscheint [es] uns nicht angemessen, durch Angebote mit Rüstungstiteln zu ermöglichen, dass Anlegende aus dem Leid eines Krieges privates Kapital schlagen“. Bleibt zu hoffen, dass Anleger und Banken hier konsequent bleiben.

Christian Eisenreich

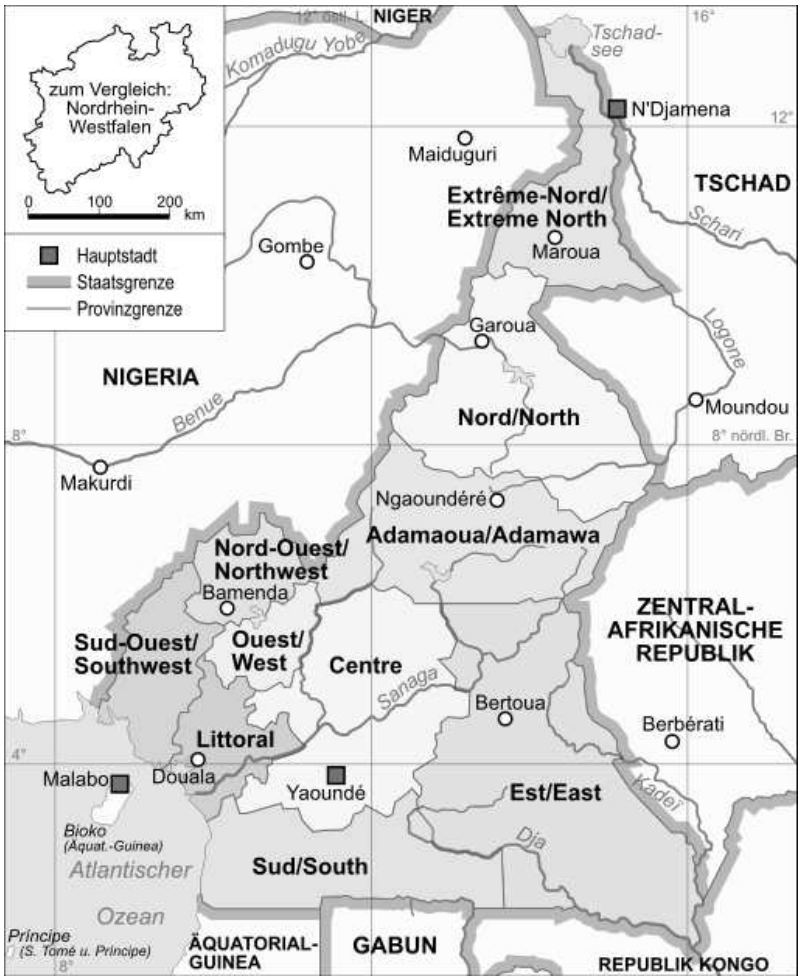
Kamerun zwischen Milizen und Militär

Von der Kolonialzeit bis zur heutigen Krise – was hat das mit Deutschland zu tun?

Kamerun – einst Vorzeigestaat mit Stabilität, jetzt ist die Lage fragil. Das Land ist seit 2016 in bürgerkriegsähnlichem Zustand. Die Konfliktdynamiken in Kamerun basieren auf Kontinuitäten aus der deutschen Kolonialzeit und der UN-Treuhandzeit („Trusteeship"). Ein Blick zurück.

Die Auseinandersetzungen zwischen der kamerunischen Armee und sezessionistischen Gruppen wie den „Amba Boys" dauern an. Die sezessionistische Bewegung ist vor allem in den anglophonen Regionen Nord-West und Süd-West aktiv.

Im März 2024 wurden mehrere Kommandeure sezessionistischer Gruppierungen getötet, darunter „General Barack" bei Kämpfen nahe Batibo in der Region Nord-Ouest. Im April stürmte in derselben Region eine Gruppe von Sezessionisten das Lager des Rapid Intervention Bataillon (BIR), einer Spezialeinheit der kamerunischen Armee. Dabei kam es zu Gefechten, mehrere Aufständische und mindestens ein kamerunischer Soldat starben. Im Mai 2024 wurden 28 Personen, darunter acht Kinder, von Sezessionisten aus einer Kirche entführt. Die Entführten wurden der Zusammenarbeit mit der kamerunischen Regierung beschuldigt, da sie Geburtsurkunden beantragt hatten, um bei den kamerunischen Präsidentschaftswahlen 2025 wählen zu können. Über 2.200 Schulen in den anglophonen Regionen sind aufgrund von Angriffen und Bedrohungen durch bewaffnete Gruppen nicht funktionsfähig.



Karte von Kamerun
Quelle: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Kamerun-karte-politisch.png; Domenico-de-ga

Zwanzigtausend Kameruner*innen flohen nach Nigeria, um der Gewalt zu entkommen. 2015 hatte die sogenannte anglophone Krise begonnen, als englischsprachige Rechtsanwält*innen und Lehrer*innen, sich gegen die Einführung von Französisch als ausschließlicher Sprache in Gerichtssälen und Schulen aufgelehnt hatten. Die Regierung reagierte mit militärischen Repressionen. Dabei radikalisierten sich Teile der Bevölkerung, bewaffnete Gruppen wie die „Amba Boys" gründeten sich, die einen eigenen Staat „Ambazonia" ausriefen. Es kam zu Menschenrechtsverletzungen durch die sezessionistischen Gruppen und durch die kamerunische Armee.

Rivalisierende Terrorgruppen Boko Haram und ISWAP

Im März 2025 wurden bei einem Angriff an der Grenze zu Nigeria mindestens zwölf kamerunische Soldaten getötet. Im Nordosten Nigerias und im kamerunischen Grenzgebiet kam es seit 2014 zu einer Zunahme von Angriffen durch Terrororganisationen wie Boko Haram und dem Islamischen Staat Provinz Westafrika (ISWAP), der vor allem im südlichen Tschadbecken aktiv ist. Die Terrorgruppen gehen mit Drohnenangriffen, Entführungen und Sprengstoffattentaten gegen die Zivilbevölkerung vor. Die kamerunische Regierung startete militärische Gegenangriffe mit ihren Ein-

Fahrzeuge des BIR in Nordkamerun im Jahr 2019
Quelle: wikimedia

heiten der BIR. Zudem wurde Kamerun neben Nigeria, Niger und Tschad zu einem der wichtigsten Staaten der Terrorbekämpfung in der Multinational Joint Task Force (MNJTF), die zur Bekämpfung der Terrorgruppen gebildet wurde und um regionalen „Spill-over"-Effekten entgegenzuwirken.

Gewalt in Kommunen und lokale Selbstjustiz

Seit 2011 gibt es vor allem im Norden Kameruns, im Grenzgebiet zu Nigeria und in der Region Adamawa, die sich vom Nordosten Nigerias über die Mitte Kameruns erstreckt, Streit zwischen Farmern und Geflüchteten um Land, Wasser und Ressourcen. Dutzende Menschen kamen dabei zu Tode. In den Regionen Nord-West und Süd-West begingen sezessionistische Gruppen und die Armee schwere Menschenrechtsverletzungen. Auch im Jahr 2023 kam es zu Entführungen und Diebstahl von Viehherden durch Sezessionisten. In der Region Extrême-Nord verübten bewaffnete Gruppen nach wie vor tödliche Überfälle auf Dörfer. Die Armee vergewaltigte Frauen und führte willkürliche Verhaftungen von vermeintlichen Sezessionisten durch. Im April 2022 hatten sich vier UN-Sonderbeauftragte an den kamerunischen Präsidenten gewandt, da immer wieder Todesdrohungen gegen die NGO „Organic Farming for Gorillas" ausgesprochen worden waren. Am 17. Januar 2023 wurde Martinez Zogo, Leiter des privaten Radiosenders „Amplitude de FM" von unbekannten Männern entführt. Fünf Tage später fand man seine verstümmelte Leiche nahe Yaoundé, der Hauptstadt Kameruns. Er hatte zu einer mutmaßlichen Veruntreuung von hunderten Milliarden CFA-Francs durch regierungsnahe Politiker*innen und Geschäftsleute recherchiert und darüber berichtet. Der Leiter von Kameruns Spionageabwehrbehörde (Direction générale de la recherche extérieure) und ein prominenter Medienmogul wurden wegen der Beihilfe zur Folterung von Martinez Zogo angeklagt. Am 6. August 2023 exhumierten die Behörden die Leichen von neun Personen, darunter die Körper von fünf Regierungsmitgliedern, die im Juni 2021 von bewaffneten sezessionistischen Gruppen entführt worden waren. Im Oktober 2023 wurden zwei Menschen bei einem Angriff bewaffneter Sezessionisten in der Stadt Guzang getötet. Das Amnesty International Evidence Lab konnte ein Video auf Social Media verifizieren, das zwei Menschen zeigt, die beim Gespräch mit zwei bewaffneten Männern plötzlich erschossen werden. Man kann mehr als zehn Schüsse hören. Amnesty Internationals West- und Zentralafrika-Direktorin, Damira Daoud, sagte dazu: „Dieses abscheuliche Verbrechen ist eine weitere Manifestation des täglichen Horrors, den die Einwohner der Städte und Dörfer in den anglophonen Regionen erleben, in denen bewaffnete Gruppen versuchen, ihre Kontrolle zu errichten." (Übersetzung der Autorin) Und: „Wir fordern die Behörden auf, eine dringende und unparteiische Untersuchung durchzuführen, um die Verantwortlichen zu identifizieren und zur Rechenschaft zu ziehen." (Übersetzung der Autorin) Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gewaltparteien lassen die Zivilbevölkerung in einer schwierigen Lage zurück.

Kämpfer der Separatistenbewegung: Die Bevölkerung der Nordwestregion Kameruns ist zwischen Armee, bewaffneten Separatisten und Milizen gefangen.
https://www.amnesty.org/en/documents/afr17/6838/2023/en/

Mitarbeiter*innen von Amnesty International reisten im November 2022 nach Kamerun, um die Lage besser einschätzen zu können. Im

Interview mit Amnesty International äußerte sich ein Anwohner über die Situation folgendermaßen: „Das Militär ist überall und die Ambas sind überall." Kamerun befindet sich damit in einem Zyklus der Gewalt.

Koloniale Spuren

Die Gewalt in Kamerun ist ein oft übersehenes Beispiel dafür, wie Geschichte bis heute nachwirkt. Besonders im englischsprachigen Teil des Landes kommt es seit Jahren zu Spannungen und sogar bewaffneten Auseinandersetzungen. Warum? Die Ursachen liegen tief – und sie liegen auch in der deutschen Geschichte.

Kamerun war von 1884 bis 1916 eine deutsche Kolonie. Deutschland legte zentrale Verwaltungsstrukturen an, ignorierte jedoch bestehende ethnische und sprachliche Unterschiede. Dieses Vorgehen wurde Grundlage für spätere Konflikte, die von der Politik instrumentalisiert wurden. Die deutsche Herrschaft war brutal, mit Zwangsarbeit und „Sklavenankauf" (z. B. in Dahomey oder Duala). Nach dem Ersten Weltkrieg verlor Deutschland seine Kolonien – das Land wurde zwischen Frankreich und Großbritannien aufgeteilt. Es entstanden zwei Mandatsgebiete: Französisch-Kamerun (ca. 80 Prozent des Landes) und Britisch-Kamerun (an der Grenze zu Nigeria, unterteilt in Nord- und Südkamerun, 20 Prozent des Landes). Frankreich führte in seinem Teil ein zentralistisches Verwaltungssystem ein. Großbritannien regierte seinen Teil indirekt und ließ ihn stark an Nigeria anbinden. Von dieser Zeit spricht man auch als UN-Treuhandzeit.

Als Kamerun 1960 unabhängig wurde, wurden die französischen und britischen Teile wiedervereinigt. Französisch-Kamerun wurde ein souveräner Staat. 1961 entschied ein UN-Referendum, dass Südkamerun (britischer Teil) sich dem frankophonen Kamerun anschließen sollte (Nordkamerun ging an Nigeria). Doch die englischsprachigen Regionen fühlten sich bald benachteiligt. Sie wurden nie wirklich gleichberechtigt integriert. Bildung, Justiz und Verwaltung waren französisch dominiert. Die anglophone Minderheit (etwa 20 Prozent) beklagte eine politische und kulturelle Marginalisierung durch die frankophone Mehrheit.

Heute: Krise statt Einheit

Paul Biya, kamerunischer Präsident, regiert seit 1982 und hält sich bis heute durch Repressionen, Kooptation und einen stark zentralisierten Staat im Amt. Eine durch die Verfassung angestrebte Dezentralisierung blieb unzureichend und oberflächlich. Frankreich hielt sich lange mit Kritik am Biya-Regime zurück und blieb auch in der UN-Treuhandzeit Kamerun eng verbunden. Dies wird unterschiedlich bewertet: als moralische Mitverantwortung oder Komplizenschaft. Dahinter werden wirtschaftliche Interessen vermutet: Frankreich ist einer der wichtigsten Handelspartner Kameruns, insbesondere bei Exporten (z. B. Erdöl, Holz, Kakao) und Importen (Maschinen, Medikamente, Autos). Viele französische Firmen sind in Kamerun aktiv – z. B. Total (Öl), Bolloré (Logistik/Häfen), Société Générale (Bankwesen). Kamerun nutzt den CFA-Franc, eine Währung, die von Frankreich garantiert wird (heute über die Zentralbank der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion, aber mit französischer Beteiligung). Diese Bindung sorgt für monetäre Stabilität, aber auch für wirtschaftliche Abhängigkeit und Kritik. Seit 2015 hat Kamerun mit Russland einen neuen Partner in der militärischen Zusammenarbeit.

Zwei Fahrzeuge der Boko Haram, zertrümmert durch das kamerunische Militär im Dezember 2018 in Amchide (Grenzstadt zu Nigeria im Norden Kameruns).
Quelle: Wikimedia Commons

Deutsche Verantwortung?

Man könnte meinen, das alles sei ein rein kamerunisches Problem. Doch das stimmt nicht ganz. Als ehemalige Kolonialmacht trägt Deutschland eine Mitverantwortung dafür, dass das Land überhaupt in diese komplizierte Lage geraten ist. Die willkürliche Grenzziehung, das autoritäre Regierungssystem, die mangelnde Rücksicht auf Sprach- und Kulturgrenzen und eine mangelnde Integration beider Mandatsgebiete – all das sind koloniale Altlasten und Altlasten der UN-Treuhandzeit.

Zahlreiche Kommissionen und Komitees wurden einberufen, um die Gewalt beizulegen. Im Dezember 2018 sollte das „Disarmament Demobilization and Reintegration Committe" die Rückkehr von sezessionistischen Kämpfern in ein gewaltfreies Leben ermöglichen. Bisher waren alle Dialogversuche der Regierung erfolglos.

Heute können und sollten der UN-Sicherheitsrat und Deutschland diplomatisch aktiv werden: durch Vermittlung, durch Unterstützung von inklusiven Friedensprozessen und durch Aufarbeitung der eigenen kolonialen Vergangenheit. Das bedeutet auch, mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Kamerun zusammenzuarbeiten und die Anliegen der anglophonen Bevölkerung ernst zu nehmen. Es liegt auch in der deutschen Verantwortung, sich für eine Konfliktlösung in Kamerun einzusetzen.

Anna Kaufmann

„Kein schöner Land in dieser Zeit, als hier das unsre weit und breit“?

Zur Lage der Menschenrechte weltweit

Der Amnesty-Report 2024/25 zeigt schonungslos: Bewaffnete Konflikte fordern weltweit das Leben von Zivilist*innen, Andersdenkende werden brutal unterdrückt, und der Klimaschutz spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Welt erlebt derzeit eine globale Menschenrechtskrise. Die Grundpfeiler einer gerechten und friedlichen Gesellschaft wie Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht und Menschenrechte sind in Gefahr, weil sie weltweit von Regierungen missachtet und angegriffen werden – ein epochaler Einschnitt.

Die Ursachen dieser Menschenrechtskrise sind vielschichtig. Sie zeigen sich unter anderem in der Entmenschlichung von Flüchtlingen und Migrant*innen oder in der Tatsache, dass völkerrechtswidrige Kriege ohne Konsequenzen für die Verantwortlichen bleiben. Sie zeigen sich auch in der wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit, die den Nährboden für menschenfeindliche Politik schafft oder in der Machtkonzentration bei Tech-Unternehmen, die Diskriminierung und Überwachung vorantreiben.

Ein prominentes Beispiel für diese besorgniserregende Entwicklung ist der neue US-Präsident Donald Trump. Mit seiner politischen Agenda wird die systematische Verletzung von Menschenrechten zur neuen Normalität. Ob internationale Zusammenarbeit, Flüchtlingsschutz, Gleichberechtigung oder Engagement für die globale Gesundheitsversorgung: Donald Trumps Politik zielt darauf ab, jene Institutionen und Regeln abzuschaffen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden, um Frieden und Gerechtigkeit zu sichern.

Verzweifelte palästinensische Kinder versuchen, in Rafah im Gazastreifen an Essensrationen zu gelangen (25. Februar 2024).
Quelle: www.amnesty.de

Doch die Ausbreitung autoritärer Gesetze, Maßnahmen und Praktiken, die den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum verkleinern und die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit beschneiden, ist eine Entwicklung, die die Welt seit mehr als einem Jahrzehnt erlebt. Politische Entscheidungen haben Ungleichheiten verschärft, die Armut vergrößert und Milliardär*innen noch reicher gemacht. Die Corona-Pandemie offenbarte die Gier, den Rassismus und den Egoismus mächtiger Staaten, die bereit waren, das Leben von Millionen Menschen zu opfern. Noch dazu haben die Staaten trotz der Klimakrise ihre 2015 in Paris gemachten Versprechen weitgehend nicht eingehalten.
Folgende Menschenrechtsentwicklungen sind besonders besorgniserregend:

Die Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten ist schutzlos

In Gaza sind zehntausende Zivilist*innen Opfer eines Genozids durch Israel geworden, während viele westliche Staaten, auch die Bundesrepublik Deutschland, Israel weiterhin in seinem militärischen Vorgehen unterstützen.

Die Russische Föderation unter Präsident Wladimir Putin setzt die systematischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur der Ukraine fort und tötet dadurch vor allem Zivilpersonen. Mit der Zerstörung oder Besetzung der meisten ukrainischen Wärmekraftwerke sorgt Russland dafür, dass für tausende Menschen regelmäßig der Strom ausfällt. Unzählige ukrainische Kriegsgefangene werden in Russland oder den russisch besetzten Gebieten der Ukraine rechtswidrig vor Gericht gestellt.

Im Sudan sterben Tausende inmitten von Konflikten und Hunger, und es werden so viele Menschen vertrieben wie nirgendwo sonst auf der Welt. Dies, ebenso wie die tödliche Eskalation der Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo, in Burkina Faso, Niger und Myanmar stößt weltweit auf nahezu völlige Gleichgültigkeit. Waffenhändler*innen nehmen die ihnen gebotenen Möglichkeiten gerne wahr, Forderungen nach Waffenembargos stoßen auf taube Ohren.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden weltweit unterdrückt

Weltweit schränken Regierungen grundlegende Freiheiten ein: Neue repressive Gesetze wurden erlassen, Demonstrationen verboten, gewaltsam aufgelöst, oder Nichtregierungsorganisationen als „extremistisch“ eingestuft. Besonders drastisch zeigt sich dies in Russland, China, Iran und Bangladesch. Auch

in Deutschland gehen Behörden und Polizei mit unverhältnismäßiger Härte gegen friedliche Proteste vor.

Bereits 2020 warnte Amnesty International vor autoritären Tendenzen, die sich in und zwischen verschiedenen Ländern abzeichneten. Diese Sorge war berechtigt. Zahlreiche weitere autoritäre Gesetze und Maßnahmen sind seither in vielen Staaten verabschiedet worden. Attacken gegen politisch Andersdenkende nehmen zu, auch in Form von Massenfestnahmen und Fällen des Verschwindenlassens. Immer mehr NGOs und politische Parteien werden aufgelöst, mit einem Betätigungsverbot belegt oder willkürlich als „extremistisch" gebrandmarkt. Es gibt unverhältnismäßige Reaktionen auf zivilen Ungehorsam und eine beispiellose Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, Klimaaktivist*innen, Studierenden und anderen, die ihre Solidarität mit den Palästinenser*innen zum Ausdruck bringen; viele von ihnen werden gar als „Terrorist*innen" bezeichnet. Mindestens 21 Staaten brachten 2024 Gesetze oder Gesetzesentwürfe ein, die auf die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung oder ein Verbot von Medienunternehmen abzielten. 2024 erreichte die Zahl der getöteten Journalist*innen einen neuen Höchststand: Nach Angaben der NGO Committee to Protect Journalists wurden im vergangenen Jahr mindestens 124 Journalist*innen und Medienschaffende getötet; fast zwei Drittel davon waren Palästinenser*innen, für deren Tod Israel verantwortlich ist.

Zahlreiche Bevölkerungsgruppen erfahren Diskriminierung und Gewalt

Frauen, LGBTI+, Flüchtlinge, Migrant*innen und ethnische Minderheiten erleben weltweit systematische Diskriminierung. Schutzsuchende werden als Bedrohung dargestellt, um unmenschliche Maßnahmen zu rechtfertigen. Struktureller Rassismus führt zu anhaltenden Menschenrechtsverletzungen wie Racial Profiling und diskriminierender KI-Überwachung. Feminist*innen und andere Aktivist*innen für die Rechte von Frauen und lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen Menschen (LGBTI+) sind nach wie vor massiven Angriffen ausgesetzt.

In Afghanistan sind 50 Prozent der Bevölkerung, nämlich Frauen und Mädchen, zu einem „langsamen Tod" verurteilt. Die Taliban-Regierung verbietet Frauen und Mädchen die Teilhabe am öffentlichen Leben, erließ sogenannte Gesetze über Laster und Tugend und verweigerte ihnen das Recht auf Arbeit und Bildung. Zahlreiche Demonstrantinnen fielen dem Verschwindenlassen zum Opfer oder wurden willkürlich inhaftiert.

Im Iran verschärfen neue Verschleierungsgesetze die Unterdrückung von Frauen und Mädchen. Sie sehen Auspeitschungen, exorbitante Geldstrafen und Gefängnisstrafen vor, während staatliche Kräfte und Bürgerwehren, die Frauen und Mädchen wegen des Verstoßes gegen den Kopftuchzwang tätlich angreifen, unbestraft bleiben.

Ein verletzter Klinik-Mitarbeiter schlägt schockiert die Hände über dem Kopf zusammen, als er das Ausmaß des russischen Angriffs auf das Ohmatdyt-Kinderkrankenhaus in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw erkennt (8. Juli 2024).

Quelle: www.amnesty.d

Regierungen von Argentinien bis Russland haben Gesetze und/oder Maßnahmen erlassen, die den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsleistungen einschränken. In den USA entfernten Meta und TikTok auf ihren Online-Plattformen bestimmte Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbrüche. Gleichzeitig ist in vielen Teilen der Welt zu beobachten, dass geschlechtsspezifische Gewalt und auch Morde an Frauen immer weiter anstiegen, ebenso wie sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Wirtschaftliche und soziale Rechte von Millionen Menschen werden verletzt

Die Klimakrise ist eine Menschenrechtskrise: Millionen Menschen leiden unter Hunger und Ernährungsunsicherheit aufgrund von Klimawandel, Konflikten und wirtschaftlicher Ausbeutung. Extreme Armut und Ungleichheit verschlimmern sich durch Inflation, Verschuldung und fehlende Unternehmensregulierung. Keine Region der Welt blieb 2024 von der Klimakrise verschont. Auf eine starke Hitzewelle in Südasien folgten verheerende Überschwemmungen, die Millionen Menschen betrafen und Tausende zur Flucht zwangen. Riesige

Sudanesische Geflüchtete in einem Flüchtlingslager im Tschad

Foto: © Amnesty International

Brände in Südamerika zerstörten Teile des Amazonas-Regenwalds und gefährdeten Ökosysteme, die sich über ganze Länder erstreckten. In Somalia sorgten Dürren und Überschwemmungen für die Zerstörung von Ortschaften, den Zusammenbruch lokaler Wirtschaftskreisläufe und die Vertreibung von Familien und Gemeinschaften.

Protestierende und Polizeikräfte am Rande einer Demonstration am „International Safe Abortion Day" in Mexiko-Stadt (28. September 2024)

Quelle: www.amnesty.de

2024 war das erste Kalenderjahr, in dem die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 °C höher lag als der Durchschnitt der Jahre 1850–1900. Außergewöhnlich hohe Temperaturen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen für den Klimaschutz. Doch neben dem Versagen der Staatengemeinschaft beim Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe führten auch die Verhandlungen auf der Weltklimakonferenz COP29 [2024] nur zu einem dürftigen Finanzierungsabkommen, das einkommensschwächere Länder in einen Schuldenkreislauf zu treiben droht.

Die gute Nachricht: Der Widerstand wächst

Die Menschenrechte sind in Gefahr wie selten zuvor, aber sie sind nicht verloren. Die große Mehrheit der Menschen will keine Welt, in der nur das Recht des Stärkeren zählt. Es kommt jetzt darauf an, den Widerstand gegen autoritäre Entwicklungen zu organisieren, Schutzinstitutionen zu verteidigen und Regierungen in die Verantwortung zu nehmen.

Neben massiven Menschenrechtsverletzungen dokumentiert Amnesty International im Jahresbericht 2024/25 auch, wie sich weltweit unzählige Menschen gegen Unrecht und Unterdrückung zur Wehr setzen: Millionen Menschen protestierten gegen Kriegsverbrechen und den Genozid in Gaza. In Georgien demonstrierten Zehntausende gegen repressive Gesetze. Gerichte in verschiedenen Ländern stärkten die Rechte von LGBTI+-Personen. Inhaftierte Menschen wurden nach langem Kampf freigelassen, darunter der Aktivist Julian Assange und die deutsch-iranische Frauenrechtsaktivistin Nahid Taghavi.

Die von Südafrika ausgehende Klage gegen Israel wegen des mutmaßlichen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention ist ein entscheidender Schritt in Richtung Gerechtigkeit. Dass der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Joaw Galant und den Militärchef der Hamas, Mohammed al-Masri, ausstellte, war ein historischer Durchbruch.

Im Jahr 2024 einigten sich alle 193 Mitgliedstaaten der UN-Generalversammlung darauf, den Weg für das erste Abkommen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ebnen.

Gambia hat 2024 mit der Ablehnung eines Gesetzentwurfs zur Aufhebung des Womens (Amendment) Act von 2015 das Verbot der weiblichen Genitalverstümmelung bestätigt.

Anfang 2025 haben die philippinischen Behörden den ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte an den Internationalen Strafgerichtshof übergeben, wo er sich wegen seines tödlichen „Kriegs gegen Drogen" einem Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit stellen muss.

Ausblick: Die Zukunft ist offen!

Die Zukunft ist noch nicht entschieden, die Welt befindet sich an einem Scheideweg. Natürlich müssen wir die strukturellen Mängel bewältigen, die das internationale System bei der Gewährleistung der Menschenrechte aufgezeigt hat. Aktuell haben wir es jedoch mit wiedererstarkten Kräften zu tun, die darauf hinarbeiten, ein völlig neues System durchzusetzen: ein System ohne menschenrechtlichen Schutz, ohne garantierte Rechtsstaatlichkeit, ein System der Herrschaft des Profits auf Kosten der Gerechtigkeit.

Der organisierte Widerstand gegen diese Kräfte ist nicht nur unerlässlich, er ist unser einziger Ausweg. Wenn Staaten nicht für die Menschenrechte einstehen, erheben Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen ihre Stimme, wie sie es schon immer getan haben. Sie widersetzen sich Macht und Profit, die rücksichtslos unser aller Würde aufs Spiel setzen. Und zeigen einmal mehr, dass die Zivilgesellschaft bei der Verteidigung der Menschenrechte und grundlegender Freiheiten an vorderster Front steht.

Wir müssen Widerstand leisten. Und wir werden Widerstand leisten.

Amnesty International

Textgrundlage: Vorwort zum Amnesty-International-Report 2024/25 von Agnès Callamard, Internationale Generalsekretärin von Amnesty International. Mehr zum Jahresbericht unter: www.amnesty.de

Iranischen Menschenrechtlerinnen droht die Hinrichtung

Seit den Protesten unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ Ende 2022 machen die iranischen Behörden verstärkt von der Todesstrafe Gebrauch, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und ihre Macht zu festigen. Im vergangenen Jahr wurden laut Amnesty International im Iran mindestens 972 Menschen hingerichtet. Damit belegt der Iran bei der Zahl der Exekutionen nach China den zweiten Platz.

Die heute 40-jährige Pakhshan Azizi unterstützte zwischen 2014 und 2022 im Nordosten Syriens Frauen und Kinder, die von der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ vertrieben worden waren. Sie gehört der unterdrückten kurdischen Minderheit im Iran an, wie auch die 39-jährige Varisheh Moradi, die sich für Frauenrechte eingesetzt hat und Mitglied des Verbands „Gemeinschaft der freien Frauen Ostkurdistans“ war. Sharifeh Mohammadi setzte sich ebenfalls für Frauenrechte ein, außerdem engagierte sie sich für Arbeitnehmerrechte.

Die drei Frauen wurden 2023 festgenommen. Sie wurden in Einzelhaft gehalten und ohne Rechtsbeistand verhört. Außerdem wurden sie gefoltert und in anderer Weise misshandelt sowie mit der Hinrichtung bedroht. Damit sollten sie dazu gebracht werden, zu „gestehen“, mit Waffengewalt für kurdische Gruppen gegen die Islamische Republik Iran gekämpft zu haben – ein Vorwurf, den die drei Frauen bestreiten. Die Behörden legten keine glaubwürdigen Beweise vor.

Wegen ihrer menschenrechtlichen und humanitären Aktivitäten zum Tode verurteilt: Pakhshan Azizi, Varisheh Moradi und Sharifeh Mohammadi (v.l.n.r.)

Quelle: www.amnesty.de

Die drei Menschenrechtlerinnen wurden in grob unfairen Verfahren der „bewaffneten Rebellion gegen den Staat“ für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Die Urteile basieren lediglich auf ihren friedlichen menschenrechtlichen Aktivitäten. Die schwerwiegenden Rechtsverstöße in ihren Prozessen widersprechen internationalen Rechtsnormen, die das Recht auf ein faires Verfahren und den Zugang zu einer angemessenen Verteidigung garantieren.

Der Oberste Gerichtshof lehnte den Antrag von Pakhshan Azizi auf gerichtliche Überprüfung des Todesurteils im Januar 2025 ab. Im April 2025 wurde ihr mitgeteilt, dass auch ihr zweiter Antrag auf gerichtliche Überprüfung abgelehnt wurde. Damit droht ihr unmittelbar die Hinrichtung.

Auch Varisheh Moradi hat Berufung gegen das Todesurteil eingelegt, die derzeit vor dem Obersten Gerichtshof anhängig ist. Amnesty International geht davon aus, dass auch Sharifeh Mohammadi vor dem Obersten Gerichtshof Berufung einlegen wird (Stand 20. Mai 2025).

Informationsstand von Amnesty International Tübingen beim Ract!festival im Juni 2025

© Amnesty-Hochschulgruppe Tübingen

Tübingen, Mai 2025: Protestveranstaltung des Badawi-Forums gegen die drohende Hinrichtung der iranischen Menschenrechtlerinnen Pakhshan Azizi, Varisheh Moradi und Sharifeh Mohammadi

Am 31. Mai 2025 protestierte das Badawi-Forum auf dem Holzmarkt in Tübingen gegen die drohende Hinrichtung der drei Menschenrechtsverteidigerinnen. Es gab die Möglichkeit, einen Appell für die Freilassung der drei Aktivistinnen zu unterschreiben.

Auch beim Tübinger Ract!festival am 6. und 7. Juni wurden am Stand von Amnesty International unter anderem Unterschriften zugunsten der drei Frauen gesammelt.

Eva Scheerer

Unter **www.amnesty-tuebingen.de** finden Sie Briefvorschläge der Deutschen Sektion von Amnesty International.

BELARUS:

Maryia Kalesnikava seit fast fünf Jahren willkürlich in Haft

Die bekannte Oppositionsführerin Maryia Kalesnikava (Maria Kolesnikowa) wird wegen ihrer prominenten Rolle bei den Wahlen 2020 und den anschließenden friedlichen Protesten in Belarus seit fast fünf Jahren willkürlich in Haft gehalten. Nach konstruierten Anklagen wegen „Extremismus", „versuchter Machtergreifung" und „Aufruf zu staatsgefährdenden Handlungen" wurde sie am 6. September 2021 zu elf Jahren Gefängnis verurteilt.

Maryia Kalesnikava
© Amnesty International

Maryia Kalesnikava befindet sich in der Strafkolonie N4 für Frauen in Homiel, wo sich ihre Gesundheit erheblich verschlechtert hat. Sie leidet an einem Magengeschwür und anderen Krankheiten, die unter den dort herrschenden unmenschlichen Bedingungen schnell fortschreiten. Dennoch wird ihr die erforderliche medizinische Versorgung verweigert.
Die Gefängnisverwaltung nahm Maryia Kalesnikava wiederholt wegen vermeintlicher Verstöße gegen die Gefängnisregeln ins Visier. Bereits mehr als 600 Tage ihrer Haft durfte sie keine Anrufe, Briefe oder Besuche von ihrer Familie oder ihrem Rechtsbeistand erhalten. Über die derzeitigen Haftbedingungen und ihren Gesundheitszustand liegen Amnesty keine Informationen vor.

Bitte schreiben Sie bis 30. September 2025 höflich formulierte Briefe oder E-Mails an den Außenminister von Belarus und fordern Sie ihn auf, sich dafür einzusetzen, dass Maryia Kalesnikava umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Fordern Sie zudem, dass sie angemessen gesundheitlich versorgt wird und Zugang zu allen wichtigen Leistungen – auch Medikamenten – erhält.

Schreiben Sie in gutem Belarussisch, Englisch oder auf Deutsch an:
Maxim Ryschenkow
Minister of Foreign Affairs
Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Belarus
vul. Lenina 19
Minsk, 220030
BELARUS

E-Mail: mail@mfa.gov.by
(Anrede: Dear Foreign Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Republik Belarus
Herrn Andrei Shuplyak,
Gesandter-Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.)
Am Treptower Park 32
12435 Berlin

Fax: 030 – 53 63 59 23
E-Mail: germany@mfa.gov.by
(Standardbrief: 0,95 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Minister,

ich bin in großer Sorge, weil die Musikerin Maryia Kalesnikava bereits seit fast fünf Jahren willkürlich in Haft gehalten wird. Nach konstruierten Anklagen wegen „Extremismus", „versuchter Machtergreifung" und „Aufruf zu staatsgefährdenden Handlungen" war sie am 6. September 2021 zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dabei hatte sie sich lediglich friedlich für Veränderungen in Belarus und für Meinungsfreiheit eingesetzt.
Maryia Kalesnikava befindet sich in der Strafkolonie N4 für Frauen in Homiel, wo sich ihre Gesundheit erheblich verschlechtert hat. Sie leidet an einem Magengeschwür und anderen Krankheiten, die unter den dort herrschenden unmenschlichen Bedingungen schnell fortschreiten. Dennoch wird ihr die erforderliche medizinische Versorgung verweigert.
Ich appelliere an Sie, sich dafür einzusetzen, dass Maryia Kalesnikava umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Bitte sorgen Sie für eine angemessene gesundheitliche Versorgung und Zugang zu allen wichtigen Leistungen, auch benötigten Medikamenten.

Mit freundlichen Grüßen

ESWATINI:
Abgeordnete in Haft wegen Engagement für demokratische Reformen

Die Abgeordneten Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube aus Eswatini

© privat

Am 25. Juli 2025 jährt sich die willkürliche Inhaftierung der beiden Parlamentsmitglieder Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube zum vierten Mal – sie waren 2021 festgenommen worden, weil sie sich friedlich für demokratische Reformen und die Aufhebung repressiver Gesetze eingesetzt hatten. Ihre Festnahme erfolgte nach landesweiten Protesten. 2023 wurden sie wegen Terrorismus, Aufwiegelung und Mord schuldig gesprochen. Im Juli 2024 wurde Mduduzi Bacede Mabuza zu 85 Jahren und Mthandeni Dube zu 58 Jahren Haft verurteilt. Nach den rechtlichen Bedingungen in Eswatini müssen sie davon 25 bzw. 18 Jahre verbüßen.

Die beiden Männer wurden nach Paragraf 5(1) des Gesetzes zur Terrorbekämpfung und Paragraf 4(b) des Gesetzes über staatsgefährdende und subversive Aktivitäten verurteilt. Glaubwürdige Beweise für die Verurteilung fehlen, und es gibt schwerwiegende Bedenken hinsichtlich eines fairen Verfahrens. Der Schuldspruch wegen Mordes basierte außerdem auf einem konstruierten Vorwurf: Die beiden sollen im Juni 2021 zwei Männer getötet haben, obwohl sie sich überhaupt nicht in der Nähe befanden, als die Opfer bei einem Autounfall ums Leben kamen.

Bitte schreiben Sie bis 30. September 2025 höflich formulierte Briefe an den König und fordern Sie ihn auf, Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube umgehend und bedingungslos freizulassen und alle politisch motivierten Anklagen gegen sie fallen zu lassen. Ihre fortgesetzte Inhaftierung allein wegen der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung verstößt sowohl gegen die Verfassung von Eswatini als auch gegen internationale Menschenrechtsnormen.

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:
His Majesty King Mswati III of Eswatini
Private Bag X208, Lozitha Royal Palace
Lobamba, H106
ESWATINI
(Anrede: Your Majesty / Eure Hoheit)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft des Königreichs Eswatini
S. E. Herrn Sibusisiwe Mingomezulu
88, Av. Winston Churchill
11180 Brüssel
BELGIEN
Fax: 00 32 – 2 347 46 23
E-Mail: brussels@eswatini-embassy.eu
(Standardbrief: 0,95 €)

Außerdem können Sie eine Kopie Ihres Schreibens an den Premierminister schicken:
Prime Minister of the Kingdom of Eswatini
H. E. Cleopas Dlamini
P.O Box 395
Mbabane
ESWATINI
Fax: 00 268 – 24 04 40 73
E-Mail: csdlamini@gmail.com oder clerktoparl@swazi.net
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)

Briefvorschlag:

Eure Hoheit,

mit großer Sorge habe ich erfahren, dass die beiden Parlamentsmitglieder Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube 2021 festgenommen wurden, weil sie sich friedlich für demokratische Reformen und die Aufhebung repressiver Gesetze eingesetzt hatten. Ihre Festnahme erfolgte nach landesweiten Protesten. Sie wurden wegen Terrorismus, Aufwiegelung und Mord schuldig gesprochen. Im Juli 2024 wurde Mduduzi Bacede Mabuza zu 85 Jahren und Mthandeni Dube zu 58 Jahren Haft verurteilt.
Glaubwürdige Beweise für die Verurteilung fehlen, und es gibt schwerwiegende Bedenken hinsichtlich eines fairen Verfahrens. Der Schuldspruch wegen Mordes basierte außerdem auf einem konstruierten Vorwurf: Die beiden sollen im Juni 2021 zwei Männer getötet haben, obwohl sie sich überhaupt nicht in der Nähe befanden, als die Opfer bei einem Autounfall ums Leben kamen.
Ich appelliere an Sie, Mduduzi Bacede Mabuza und Mthandeni Dube umgehend und bedingungslos freizulassen und alle politisch motivierten Anklagen gegen sie fallen zu lassen. Ihre fortgesetzte Inhaftierung allein wegen der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung verstößt sowohl gegen die Verfassung von Eswatini als auch gegen internationale Menschenrechtsnormen.

Hochachtungsvoll

Künstler Gao Zhen inhaftiert
Bildquelle: www.amnesty.org

CHINA:

Künstler festgenommen und Familie schikaniert

Am 26. August 2024 wurde der bekannte chinesische Künstler Gao Zhen festgenommen. Etwa 30 Polizist*innen stürmten sein Atelier in der Stadt Sanhe in der Provinz Hebei, fotografierten seine Kunstwerke, beschlagnahmten mehrere Skulpturen und versiegelten das Atelier. Gao Zhen wird „Beleidigung von Chinas Helden und Märtyrern" vorgeworfen, was mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Er befindet sich derzeit in der Haftanstalt von Sanhe.
Die Ehefrau von Gao Zhen und ihr sechsjähriger Sohn, der die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, wurden an der Ausreise aus China gehindert, als sie versuchten, von Peking nach New York zu reisen. Außerdem untersagte die Polizei seiner Frau, mit den Medien über die Inhaftierung ihres Mannes zu sprechen.

Die chinesischen Behörden müssen Gao Zhen unverzüglich freilassen, da die Vorwürfe gegen ihn haltlos sind und nur darauf basieren, dass er sein Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere auf künstlerisches Schaffen, wahrgenommen hat.

Bitte schreiben Sie bis 30. September 2025 höflich formulierte Briefe an den Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit in Sanhe und fordern Sie ihn auf, zu veranlassen, dass Gao Zhen umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass Gao Zhen bis zu seiner Freilassung regelmäßigen und uneingeschränkten Zugang zu seiner Familie erhält und weder gefoltert noch anderweitig misshandelt wird. Appellieren Sie an ihn, die Schikanen und Drohungen gegen die Familie von Gao Zhen einzustellen und zu gewährleisten, dass die Familie frei von und nach China ein- und ausreisen kann. Fordern Sie zudem, dass chinesische Künstler*innen ihre Meinung ohne Angst vor Verfolgung oder willkürlicher Inhaftierung äußern können.

Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch an:
Director Pan Jiqiang
Sanhe Public Security Bureau in Langfang City
Hebei Province, No.3, Dingsheng West Street
Sanhe City, Langfang, Hebei Province, 065200
VOLKSREPUBLIK CHINA
(Anrede: Dear Director Pan / Sehr geehrter Herr Direktor Pan)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:
Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herrn Hongbo Deng
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax: 030 – 27 58 82 21
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com
oder de@mofcom.gov.cn
(Standardbrief: 0,95 €)

Briefvorschlag:

Sehr geehrter Herr Direktor Pan,

am 26. August 2024 wurde der bekannte chinesische Künstler Gao Zhen festgenommen. Polizisten stürmten sein Atelier in der Stadt Sanhe, fotografierten seine Kunstwerke, beschlagnahmten mehrere Skulpturen und versiegelten das Atelier. Gao Zhen wird „Beleidigung von Chinas Helden und Märtyrern" vorgeworfen. Dabei hatte er lediglich sein Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere auf künstlerisches Schaffen, wahrgenommen. Er befindet sich derzeit in der Haftanstalt von Sanhe.
Die Ehefrau von Gao Zhen und ihr sechsjähriger Sohn, der die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, wurden an der Ausreise aus China gehindert, als sie versuchten, von Peking nach New York zu reisen. Außerdem untersagte die Polizei seiner Frau, mit den Medien über die Inhaftierung ihres Mannes zu sprechen.
Herr Direktor, bitte veranlassen Sie, dass Gao Zhen umgehend und bedingungslos freigelassen wird. Bitte sorgen Sie dafür, dass Gao Zhen bis zu seiner Freilassung regelmäßigen und uneingeschränkten Zugang zu seiner Familie erhält und weder gefoltert noch anderweitig misshandelt wird. Außerdem appelliere ich an Sie, die Schikanen und Drohungen gegen die Familie von Gao Zhen einzustellen und zu gewährleisten, dass die Familie frei von und nach China ein- und ausreisen kann. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass chinesische Künstlerinnen und Künstler ihre Meinung ohne Angst vor Verfolgung oder willkürlicher Inhaftierung äußern können.

Mit freundlichen Grüßen

Amnesty International braucht Ihre Unterstützung

Amnesty International ist die weltweit größte Bewegung, die für Menschenrechte eintritt. Die große Stärke von Amnesty liegt im freiwilligen Engagement von mehr als zehn Millionen Unterstützer*innen in über 150 Ländern. Es sind Menschen ganz verschiedener Altersgruppen, Nationalitäten und Kulturen. Zusammen setzen wir alle Mut, Kraft und Fantasie ein, um eine Welt zu schaffen, in der die Menschenrechte für alle gelten. Für diesen Einsatz erhielt Amnesty 1977 den Friedensnobelpreis. In der Begründung hieß es, Amnesty zeichne sich durch eine klare Haltung aus: „Nein zu Gewalt, Folter und Terrorismus. Auf der anderen Seite ein Ja zur Verteidigung der Menschenwürde und Menschenrechte." Für diese Werte setzt sich Amnesty bis heute ein.
So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter, Todesstrafe und andere Menschenrechtsverletzungen engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe (s. u. oder unter https://www.amnesty.de/mitmachen/gruppe-finden)
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen", Eilaktionen, s. Infocoupon auf der Rückseite)
- durch finanzielle Unterstützung, s. Rückseite

Amnesty-Gruppen im Bezirk Tübingen

Albstadt, Gruppe 1508
Hedi Abel
Hunsrückstr. 1
72458 Albstadt
Tel. 07431 4715

Esslingen, Gruppe 1350
Amnesty International
Gollenstr. 44/1
73733 Esslingen
info@amnesty-esslingen.de

Göppingen, Gruppe 1110
Claus Fischer
Stuifenstr. 8
73104 Börtlingen
clausrfischer@googlemail.com

Hechingen, Gruppe 1545
Reinhard Leinberger
Böllatweg 33
72379 Hechingen
grlmb@yahoo.de

Herrenberg, Gruppe 1635
Amnesty International
Stuttgarter Str. 12
71083 Herrenberg
Tel. 07452 75219

Nürtingen, Gruppe 1651
Wolfgang Altenpohl
www.amnesty-nuertingen.de
info@amnesty-nuertingen.de

Rottweil, Gruppe 1548
Oliver Stenzel
Neckarstr. 54
78628 Rottweil
beglueckt@t-online.de

Tübingen, Gruppe 1322
Amnesty International
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen
www.amnesty-tuebingen.de
info@amnesty-tuebingen.de

Villingen-Schwenningen,
Gruppe 1236
Caroline Weber
Berliner Platz 1
78048 VS-Villingen
Tel. 07721 9169272
caroline.weber60@yahoo.de

Bestätigung über Zuwendungen zur Vorlage beim Finanzamt für Spenden bis 300 Euro.

Herzlichen Dank! Durch Ihre Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte. Sie ermöglichen uns, Opfern von Menschenrechtsverletzungen auch in Zukunft wirksam zu helfen. Ihre Spende sichert außerdem die politische Unabhängigkeit von Amnesty International. Wir nehmen keine Regierungsgelder an, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich durch private Spenden.

Amnesty International Deutschland e.V. ist wegen Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 AO) nach dem letzten dem Verein zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I, Berlin, St.-Nr. 27/026/39709, vom 05.12.2023 für das Jahr 2021 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit.

Für Spenden über 300 Euro erhalten Sie von uns eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

SEPA-Überweisung/Zahlschein s. Rückseite

Menschenrechtsarbeit ist nicht umsonst

AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International ist unabhängig von Regierungen, Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen.
Um diese Unabhängigkeit zu bewahren, sind wir auf Ihre Spende angewiesen.

Sie können mit einer einmaligen Spende helfen oder als Förderin/Förderer mit einem regelmäßigen Beitrag.

Vielen Dank!

Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!

Infocoupon

Ich möchte

- ☐ weitere Informationen über Amnesty International
- ☐ die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- ☐ an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- ☐ an Eilaktionen teilnehmen
- ☐ aktiv mitarbeiten
- ☐ an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe): .....

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an: Amnesty International, ANKLAGEN-Redaktion, Wilhelmstr. 105, 72074 Tübingen

Förderin/Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Sonnenallee 221 C, 12059 Berlin (Fax: +49 30-420248-488):

IBAN: .....

BIC: .....

Kreditinstitut: .....

Betrag: ..... EUR

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Zahlungsweise (Zutreffendes bitte ankreuzen):
☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich ☐ monatlich

Datum/Unterschrift.....

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. Rückseite):

.....

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Amnesty International

IBAN

DE23370205000008090100

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33XXX

AMNESTY INTERNATIONAL

DANKE FÜR IHRE SPENDE!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

1322

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg für Kontoinhaber*innen
Einzahlungs-Quittung

(Name und Sitz Kreditinstitut) BIC oder BLZ

Amnesty International e.V.
Empfänger*in

DE23 3702 0500 0008 0901 00
BFS WDE 33 XXX
IBAN und BIC Empfänger*in

Bank für Sozialwirtschaft
Kreditinstitut Empfänger*in

Betrag: Euro, Cent

SPENDE
Verwendungszweck

Kontoinhaber*in/Einzahler*in

IBAN Kontoinhaber*in

Zuwendungsbestätigung umseitig!